



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz eines Gesetzes zur Erhöhung der Transparenz von Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft

Stand vom 28.03.2025 13:16:49 bis 03.04.2025 16:32:04

Angegeben von:

Neue Richter*innenvereinigung - Zusammenschluss von Richterinnen und Richtern,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten e.V. (R005449) am 29.11.2024

Beschreibung:

Die NRV kritisiert den Referentenentwurf des BMJ zur Transparenz von Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft. Sie bemängelt, dass der Entwurf nicht ausreichend Transparenz schafft und die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft nicht sicherstellt, wie es der EuGH verlangt. Die NRV fordert strengere Regelungen zur Vermeidung politischer Einflussnahme und eine gesetzliche Absicherung der Unabhängigkeit.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Gesetz zur Erhöhung der Transparenz von Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft (20.
WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 30.04.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (3)

Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Staatsorganisation [alle RV hierzu]

Strafrecht [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

GVG [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2411280021 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]